

Luxemburg, 18. Mai 2022

Nationaler Aktionsplan stärkt Kinderrechte

Er ist endlich da! An diesem Mittwoch stellte Bildungsminister Claude Meisch den **nationalen Aktionsplan Kinderrechte** vor. Damit löst die Regierung ein gegebenes Versprechen ein und geht zudem eine der drängenden Empfehlungen nach, die das Genfer Kinderrechtskomitee in seinen Schlussbeobachtungen zum fünften und sechsten periodischen Länderbericht Luxemburg auf den Weg gegeben hatte.¹

Es ist der erste Aktionsplan seiner Art, und der *Ombudsman fir Kanner a Jugendlecher* (OKAJU) begrüßt den Meilenstein: „Der Aktionsplan ist ein wichtiges Instrument, um Kinderrechte, transversal in den verschiedenen Gesellschaftsbereichen, von der Gesundheit, zur Bildung, zur Kinder- und Familienhilfe oder Justiz voranzutreiben und den Backlog, den wir in Luxemburg in punkto Kinderrechte teilweise haben, aufzuholen“, zeigte sich Charel Schmit erfreut, der per Video live zur Vorstellung im Edu-Pôle in Walferdingen beigeschaltet wurde. Der Ombudsman ist derzeit im Ausland auf der Jahreskonferenz der Vereinigung der frankophonen Ombudspersonen mit dem Themenschwerpunkt „digitale Transformation – Chancen und Risiken“.

Auf knapp 60 Seiten fasst der Plan, der vom neu ausgerichteten „Service des droits de l’enfant“ des MENJE federführend von Regierungsrätin Marguerite Krier koordiniert wird, diejenigen Maßnahmen zusammen, die die Rechte von Kindern in Luxemburg stärken sollen. Gesetzesvorhaben stehen ganz oben auf der Tagesordnung, wie die Reform des Sexualstrafrechts, wonach Missbrauch von Kindern und innerhalb der Familie künftig härter bestraft werden soll und Verjährungsfristen verlängert beziehungsweise ganz aufgehoben werden sollen. Allerdings vermisst der OKAJU eine nationale Kinderschutz-Helpline, wie sie beispielsweise in Frankreich besteht.² Auch das Barnahus-Projekt fehlt, eine spezifische Struktur, in der minderjährige Opfer und Zeugen von Gewalt medizinisch, juristisch und psychologisch betreut werden, um quälende Mehrfachanhörungen und Retraumatisierungen zu vermeiden.

Wichtig, und im Plan noch für diese Legislaturperiode vorgesehen, sei außerdem die längst überfällige Reform des Abstammungsrechts, die u.a. die diskriminierende Unterscheidung zwischen Kindern von verheirateten Paaren gegenüber Kindern von nicht verheirateten oder „gepacsten“ Eltern beenden wird. Eng damit verbunden ist das Recht, die eigene

¹ Comité des droits de l’enfant : Observations finales concernant le rapport du Luxembourg valant cinquième à sixième rapports périodiques (21 juin 2021)

<https://docstore.ohchr.org/SelfServices/FilesHandler.ashx?enc=6QkG1d%2fPPRiCAghKb7yhskCQMpSSjPI5PDLNz4HKrMKkMPLIXPfdlhxdf5xkX00esCOg9hksd%2fp9ewmbXCcU5KGDGBDRhsm8uzzpBk%2fVnj6kGgYIrVFis4160Yhn5s%2f>

² <https://www.allo119.gouv.fr/>

Abstammung zu kennen, dessen gesetzliche Verankerung angesichts von Adoptionen, künstlicher Befruchtung und der weiteren Entwicklung in der Fortpflanzungsmedizin von besonderer Dringlichkeit ist.

Dass der Jugendschutz reformbedürftig ist, hatte bereits der Vorgänger des OKAJU, das „Ombuds-Comité fir d’Rechter vum Kand“ wiederholt angemahnt. Luxemburg ist eines der letzten Länder in Europa, das Minderjährige ins Erwachsenengefängnis einsperrt, obschon die Chance auf eine erfolgreiche Resozialisierung aufgrund der sehr lückenhaften Betreuung extrem gering ist. „Diese Reform ist eine Herkulesaufgabe, weil damit ein Paradigmenwechsel in Jugendgerichtsverfahren verbunden ist: Die Verfahrensrechte der Kinder und Jugendlichen, die in Konflikt mit dem Gesetz geraten sind, werden gestärkt, zum Beispiel durch die Priorisierung von Diversionsmaßnahmen und Alternativen zum Freiheitsentzug sowie eine stärkere Unabhängigkeit bei der Bereitstellung des Kinderanwalts“, fasst Schmit den Kerngedanken zusammen. „Kinderschutz, Familienhilfe und Jugendstrafrecht sind der Werkzeugkasten, um Kindern und Jugendlichen in Not besser helfen zu können ohne Abstriche bei ihren Rechten zu machen.“ Das Reformpaket wurde in diesem Monat von Justizministerin Sam Tanson und Bildungsminister Claude Meisch im Parlament deponiert. Der OKAJU wird sich in einer späteren Stellungnahme dazu ausführlich äußern.

Doch die Tatsache, dass es nun einen Fahrplan in Sachen Kinderrechte mit konkreten Aktionen und Terminen gibt, heißt nicht, dass alles vortrefflich ist. Es fehlt nach wie vor ein Ansatz, um systematisch Statistiken zur Lebenssituation in Luxemburg der Kinder und Jugendliche zu sammeln, obwohl die dünne Datenlage eine Kernbeobachtung des Genfer Kinderrechtskomitees ist. Während der Covid-19-Pandemie standen wohl Gesundheit und Wohlbefinden der Kinder im Mittelpunkt des (Forschungs)-Interesses, „aber wir brauchen Indikatoren, entlang derer wir regelmäßig die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen messen und ihre Entwicklung überprüfen können“, sagte Schmit.

Etlliche, im Plan aufgelistete Projekte sind überdies nicht neu: Sie sind überfällig oder schon beschlossen, wie die vom OKAJU begrüßte Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung. Oder sie sind eher vage formuliert, wie das Versprechen, die Bildungschancen aller Kinder zu verbessern. Eine grundsätzliche Reflexion, wie die immer weiter klaffende Bildungsschere zwischen Kindern geschlossen werden kann, die aus sozial besser gestellten Elternhäusern kommen und daheim viel Unterstützung bekommen können, und jenen, die in sozial ärmeren Verhältnissen und deren Familien nicht mit der Mehrsprachigkeit hierzulande vertraut sind, ist nicht in Sicht, obschon es an Analysen und Berichten des stark segregierenden Schulwesens wirklich nicht mangelt.

Die nationale Beobachtungsstelle für Schulqualität untersucht derzeit, wie gut das Versprechen der schulischen Inklusion³ eingelöst wird – ein weiterer Dauerbrenner. Der OKAJU wird regelmäßig von Eltern aufgesucht, die Hindernissen bei der Einschulung oder Förderung ihres Kindes begegne, und um Hilfe suchen. „Jedes Kind hat das Recht auf

³ https://onqs.lu/de/news_studie-zur-inklusion-in-der-schule/

bestmögliche Förderung. Das gilt selbstverständlich auch und erst Recht für Kinder mit spezifischen Bedürfnissen“, betont Ombudsman Charel Schmit. Die von Luxemburg schon 1993 ratifizierte UN-Kinderrechtskonvention und die UN-Behindertenkonvention verpflichtet die Vertragsstaaten dazu, alles zu tun, damit Kinder mit spezifischen Bedürfnissen dieselben Beteiligungschancen haben.

Die Partizipation, also die Beteiligung und Mitsprache von Kindern und Jugendlichen, ist ein weiteres Schlüsselwort. Der Plan selbst wurde von wenigen, im Bereich der Kinderrechte engagierten Organisationen im Vorfeld begutachtet, aber eine systematische Anhörung der Kinder fand nicht statt. „Im Plan ist vorgesehen, den Kindern eine Stimme zu geben und für ihre Beteiligung eine Methode auszuarbeiten“, analysiert Schmit. Wichtig seien regelmäßige Befragungen und Austausche, um den Interessen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen besser Rechnung zu tragen. Die für 2023 festgehaltene Evaluierung des Aktionsplans hält der Ombudsman indes für zu früh: Besser sei es, sich dafür mehr Zeit zu geben, um „eine Perspektive über mehrere Jahre zu entwickeln, dies mit zielgerichteten strukturellen Veränderungen“, so Charel Schmit.

Für den OKAJU ist dieser erste Nationale Aktionsplan Kinderrechte ein wichtiger Schritt hin zu einer ressortübergreifenden koordinierten Kinderrechtspolitik, die allerdings auch zusätzlich budgetär großzügiger finanziert und mit den nötigen Ressourcen ausgestattet werden muss, damit der Plan den beabsichtigten Impact haben kann.